

Mittwoch, 26. Februar 1992

Heftiger Disput um Frachtzentrum

Vorwürfe gegen SPD und BLN im Nackenheimer Rat / Forderungskatalog verabschiedet / Ausgleichsfläche

m. NACKENHEIM — Teilweise harte Wortgefechte lieferten sich die Fraktionen im Gemeinderat wegen dem geplanten Frachtzentrum im Unterfeld. Es ging um einen Forderungskatalog. Das gemeinsame 9-Punkte-Programm von SPD und BLN wurde bei elf Ja-gegen die neun Neinstimmen der Christdemokraten, der FWG sowie des fraktionslosen Siegbert Weber auf die Reise geschickt.

Grundsätzlich „grünes Licht“ signalisierte Richard Speckenheuer (SPD) für seine Fraktion und wies auf die Sicherung von Arbeitsplätzen hin. Speckenheuer forderte einen „runden Tisch“ zwischen Bodenheimer und Nackenheim. Das Flugblatt der CDU, worin behauptet werde, die SPD weiche dem Druck von oben aus, nannte der Sozialdemokrat „schwachsinnig“.

CDU-Sprecher Alfred Hoffmann kritisierte den ungewohnt scharfen Ton der SPD. Der Katalog von SPD und BLN komme einem Nein zum Frachtzentrum gleich und stelle nur Augenwischerei dar. Hoffmann stellte die Forderungen der CDU vor und verlangte die Abstimmung darüber. Der Antrag kam allerdings nicht zum Tragen, weil die Vorschläge von SPD/BLN bereits angenommen worden waren.

Achtzig Prozent des Geländes befinden sich auf Bodenheimer Gebiet, meinte Günter Zerbe (FWG). Zerbe

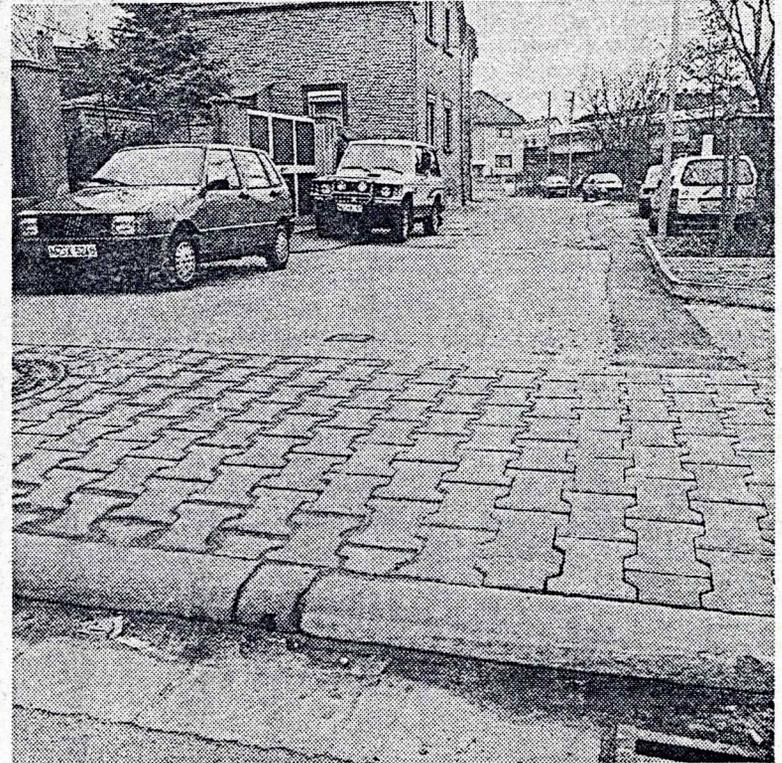
sprach von einer „großen Polit-schau“, in der alles bereits entschieden sei. Gegenüber Kleingewerbebetrieben und Dienstleistungsbetrieben haben sich SPD und BLN stets ablehnend geäußert. Außer den Verkehrsstaus bleibe nach der Errichtung des Frachtzentrums für Nackenheim nichts. Zerbe forderte eine dritte Fahrspur auf der L 413 und andere Maßnahmen.

Beim Forderungskatalog der SPD/BLN werde vielen Angst. Jede Weiterentwicklung werde gebremst, betonte Siegbert Weber (fraktionslos).

BLN-Sprecher Frieder Stauder sagte, seine Fraktion habe sich schwergetan, dem Projekt zuzustimmen. Die BLN wolle die Renaturierung sowie Arten- und Biotopschutz im Unterfeld. Alle müßten sich an einen Tisch setzen und verhandeln. Die Bedingungen seien im 9-Punkte-Programm festgelegt.

Bürgermeister Günter Ollig bemerkte, die Forderungen von SPD/BLN liefen der Post nicht zuwider. Mit den Ausgleichsflächen könne die Auenlandschaft erhalten werden.

Einmütigkeit herrschte bei der Vergabe der Straßenbauarbeiten in der Fischergasse und Bahnhofstraße zum Angebotspreis von 468 620 Mark. Nach den Worten des Ortsobers werden gleichzeitig



Die Straßenbauarbeiten für die Bahnhofstraße wurden im Rat vergeben. Bis zum Spätjahr sollen sie abgeschlossen sein. Bild: Volker Oehl

neue Kanalrohre mitverlegt. Mit dem Ende der Arbeiten werde im Spätjahr gerechnet. Die Lieferzeit der Tonrohre betrage etwa z

Wochen. Die Rohre könnten erst jetzt nach der Vergabe bestellt werden. Der Straßenbau darf 40 Arbeitstage nicht überschreiten.